

Abonnements:
Monatlich 50 Pfennig ausschließlich
Zugabe: durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Geschieht an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegraphische Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Hansa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die 6. Seite. Beizelle kostet 15 Pf.,
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden aufgegeben
sein. Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Witzlich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 11.
Redaktionsbüro: Wehrstr. 49, Telefon 1026 — Expedition: Bleichstr. 9, Telefon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Meier, —
Verlag der Volksstimme Meier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nummer 292 Dienstag den 14. Dezember 1915 26. Jahrgang

Griechenland gewährt Bulgarien Kampfraum.

Allgemeines Verlangen nach Frieden in Frankreich.

„Labour Leader“ vom 2. Dezember enthält einen Bericht aus Paris über das Wachsen des Zwistes in der sozialistischen Partei Frankreichs. Es werden eine Reihe älterer Vorgänge, die zum Teil bekannt sind, mitgeteilt und besprochen. Angeblich nicht nur 22, sondern 35 Deputierte seien Gegner der Richtung, die der Parteivorstand und das Zentralorgan „Humanité“ einhalten. Dann fährt der Bericht fort: Augenblicklich ist es den in der „Humanité“ angegriffenen Sozialisten nicht erlaubt, sich zu verteidigen. Nachdem Renaudel seinen heftigen Angriff gegen Kappoport wegen der in der „Berliner Tagwacht“ veröffentlichten Angaben über Jaurès gemacht hatte, sandte Kappoport eine Antwort, deren Veröffentlichung Renaudel ablehnte. Der Haupteinwand gegen die den „Humanité“-Sozialisten sehr unbequemen Enthüllungen Kappoport bestand wohl darin, daß diese Enthüllungen auf Wahrheit beruhten. Außer Kappoport hörten noch verschiedene andere Leute Jaurès' Bemerkung über Jzwolsky am 31. Juli 1914. Niemand, der mit Jaurès an jenem Tage sprach, konnte den geringsten Zweifel darüber hegen, daß er überzeugt war, Frankreich würde in den Krieg hineingezogen, weil die französische Regierung sich Rußland gegenüber nicht fest zeigte. Es liegt jetzt auf der Hand, daß die Verantwortung der französischen Regierung — oder verschiedener Machthaber — sogar noch weiter ging. Jaurès jedoch war noch nicht in Kenntnis der uns heute bekannten Tatsachen. In Bezug auf Jzwolsky hatte er vollständig recht.

Im September fand eine Versammlung des Verbandes des Seine-Departements statt, in der Paul Louis den Antrag stellte, die sozialistischen Minister aufzufordern, am 15. Oktober ihre Entlassung einzureichen, falls die Regierung bis dahin nicht einwilligte, die politische Zensur abzuschaffen und andere Zugeständnisse zu gewähren. Der C. A. V. war natürlicherweise gegen den Beschluß, aber der Umstand, daß ihm drei Viertel der Delegierten zustimmten, beweist, wie die Stimmung seit der Versammlung am 11. Juli umgeschlagen ist. Wo nur eine schwache Minderheit den Mut hatte, gegen den C. A. V. zu stimmen. In der Provinz scheint man am meisten gegen die Politik des C. A. V. zu sein. Die Departements von Haute-Vienne und Yvres, zwei der am meisten sozialistischen Departements von Frankreich, sind einstimmig gegen den C. A. V. und in bedeutenden Städten, wie Marseille, Toulouse, Lyon, Rouen usw. ist die Opposition sehr stark. Mehrere provinzielle sozialistische Organe veröffentlichen die Politik der „Humanité“, und zwei unter ihnen — die in Limoges und Grenoble herausgegebenen — veröffentlichten im November friedensfreundliche Leitartikel — eine bemerkenswerte Tatsache, wenn man in Betracht zieht, daß die Zensoren die in Frage kommenden Leitartikel nicht durchließen. Es unterliegt in der Tat keinem Zweifel, daß die Stimmung zugunsten des Friedens in der Provinz immer weiter um sich greift. Ein Abgeordneter — kein Sozialist —, der kürzlich seinen Wahlkreis im Südosten Frankreichs besuchte, sagt mir, daß er erstaunt ist über das allgemeine Verlangen nach Frieden, das selbst unter denen vorherrscht, die vor dem Krieg Nationalisten waren; die Leute hielten ihn auf der Straße an, um ihn zu fragen, warum er nicht von der Tribüne der Kammer um Frieden erlaube. Es braucht wohl nicht betont zu werden, daß niemand einen Frieden um jeden Preis befürwortet, aber es finden sich immer mehr Leute, die mit den Sozialisten von Haute-Vienne darin übereinstimmen, daß Friedensvorschläge Gehör gegeben werden soll, vorausgesetzt, daß die vollständige Räumung Frankreichs und Belgiens im voraus als wesentliche Bedingung anerkannt wird. Die darwinistische Presse hat sehr viel über Friedenswünsche Deutschlands geschwärmt und diese als Beweis hingestellt, daß Deutschland beinahe am Ende seiner Kräfte angelangt sei. Sie hat Deutschlands Friedensbedürfnis auch als Grund zur Fortsetzung des Krieges angegeben. Es ist ihr zum großen Teil gelungen, das französische Volk zu überzeugen, daß Deutschland den Frieden will, aber diese Überzeugung hat gerade das Gegenteil von dem bezweckt, was sie beabsichtigte.

Die Frage der möglichen Friedensbedingungen, der Wiederherstellung des internationalen Bureaus und der Politik des C. A. V. im allgemeinen wird auf dem Kongress der Partei am 26. Dezember beraten werden. Es sollte mich überraschen, wenn die Opposition diesmal wie im Juli nachgeben wird. Man ist vielfach der Meinung, daß es nicht länger am Platze sei, zu versuchen, den Schein zu wahren, eine größere Sache als die äußerliche Einheit der sozialistischen Partei steht auf dem Spiel — die Zukunft des französischen Volkes.

Merkheim erwähnte in seinem Referat die Unterhandlungen, die der italienische Genosse Morgari mit der französischen Parteileitung und mit Vandervelde betreffs Einberufung des internationalen Bureaus oder einer Konferenz der Neutralen führte. Er tadelt das ablehnende Verhalten und nannte als einen Grund, warum er nach Zimmerwald ging: Das französische Proletariat wolle mit von der sittlichen Verantwortung für die wunden Wunden des Chauvinismus befreit, denen einige leitende Kreise der Partei und der Gewerkschaften anheimgefallen sind.

Merkheim ging dann zur gemeinsamen Deklaration der deutschen und französischen Delegierten über und betonte, daß der Versuch, der gegen den Bruch der Neutralität Belgiens, sowie auch gegen eine direkte oder indirekte — z. B. durch eine von wirtschaftlichen Bedenken verklärte — Angliederung Belgiens an das Deutsche Reich Prozeß erhebt, in diese Deklaration auf Vorschlag der deutschen Delegierten aufgenommen wurde. Man soll uns nicht täuschen — schloß Merkheim seinen Vortrag —, daß der deutsche Kaiser allein an allem schuldig sei und daß alle übrigen Teilnehmer dieses Krieges unschuldig seien. Wir kennen die Politik, die Rußland auf dem Balkan geführt hat, wir kennen auch die afrikanische Politik Frankreichs und auch die Rolle Englands in diesem Kriege. Schritt für Schritt können wir das Geranien des Krieges verfolgen; in den glänzenden prophetischen Reden Jaurès werden wir dokumentarische Beweise finden, daß schuldig an diesem Kriege die imperialistische Welt aller Staaten ist. Der Krieg ist in eine Sackgasse gestochen, das Proletariat verblutet. Der einzige Ausweg ist die Aufnahme eines Kampfes für den Frieden, wenn wir nicht wollen, daß dieser hinter unserm Rücken und gegen unsere Interessen abgeschlossen wird.

Aus der Debatte sei hervorgehoben, daß Louquet die Zimmerwalder Konferenz für ungeeignet erklärte, der Kampf gegen den überwältigenden Nationalismus sei jedoch zu begrüßen. Boudereau, einer der Teilnehmer an der Konferenz, machte unter großer Bewegung der Versammelten die Mitteilung, auch Renaudel, der leitende Redakteur der „Humanité“, sei in der Schweiz gewesen und habe an gewissen geheimnisvollen Unterhandlungen mit zwei deutschen Genossen teilgenommen. Renaudel möge doch den Zweck der Reise nicht verheimlichen. Renaudel aber lehnte es ab, „Menschen zu geben“. Schade! Schade! rief man ihm zu. Er warnte weiter eindringlich vor Überhöhung der Bedeutung der deutschen Opposition, die keinerlei Garantie leisten könne, daß sie selbst in der Lage sein wird, den deutschen Militarismus lahmzulegen. Und dabei sei der preussische Militarismus eine Gefahr für die Demokratie (Rußland und Rußland?). Dem Deutschen Reich müsse man eine Beschränkung seiner militärischen Rüstungen aufzwingen, damit es nicht so bald wieder daran denkt, einen Krieg zu beginnen. Das Bündnis mit Rußland sei nichts Vollkommenes, aber Rußland demokratischer. Hier gab es erregte Zwischenrufe anwesender russischer Sozialisten. Renaudel schloß: „Wir französischen Sozialisten, die wir für Frankreich kämpfen, kämpfen damit auch für die Zukunft der gesamten Menschheit. Und deshalb ist uns die äußerste Vorsicht geboten; bei den besten Absichten kann man sonst zum Spielball in Händen der Feinde werden.“

Trotzdem ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Die I. K. sagt dazu: In diesem — nicht offiziellen — Verhandlungsbericht fällt zunächst auf, daß die Einberufung keine Resolution vorgelegt haben. Auch von entgegengekehrter Seite wurde eine Resolution nicht eingebracht. Die Anhänger der beiden Meinungen waren, wie es scheint, in gleiche Teile geteilt, sicherlich aber war der Erfolg auf der Seite des Referenten.

Kriegsziele Deutschlands und der Entente und die Kanzlerrede.

Die Wiener „Arbeiter-Sta.“ kommt nochmals auf die Kanzlerrede zurück. Sie folgt ihr Urteil genauer, das Urteil selbst aber bleibt unverändert. An dem „Hoffnung und Furcht“ überschriebenen Artikel wird gesagt: „Immer wieder kommt die Betrachtung zu dem Punkte zurück: Wie ist es nur möglich, daß die Gegner die Kriegsziele so glücklich verfechten können? Auch der Reichskanzler konnte daran nicht vorbeikommen. Herr v. Bethmann Hollweg beharrt darauf, daß die phantastischen Kriegsziele der Gegner noch nicht aufgegeben seien; er liest ihre Reden und wartet nicht, ihnen zu nahe zu treten und ihre Forderungen etwa als Bluff aufzufassen.“

Kommt man der Wahrheit nicht näher, wenn man als Grund dieses unüberwindlichen Kriegswillens der Gegner nicht die Hoffnung auf einen Sieg, vielmehr die Furcht vor den Bedingungen des Siegers erkennt? Hier kommt es nicht darauf an, was die Gegner reden; es versteht sich wohl jeder, daß während eines Krieges die Menschen die Sprache nicht gebrauchen, um laute Wahrheit zu verkünden. Es kommt darauf an, was aus den wirklichen Tatsachen gefolgert werden kann, gefolgert werden muß; denn daß die Staatsmänner der Entente lauter Schreien und Kröten sind, die sich in den eigenen Sack hineinlegen und nur darauf aus sind, ihre Völker zu betrügen, wird sich nur der vornehmen, der kein Bedürfnis hat, über die Dinge ins Klare zu gelangen. . . .

Nun ist in der Rede des Reichskanzlers sicherlich nichts enthalten, was zu der Furcht vor ausbleibendem Eroberungsgelüsten Deutschlands irgendwie Veranlassung böte; und es kann sein, daß die Staatsmänner der Entente es sogar noch genauer wissen. Deutschland strebe wirklich nur einen ehrenhaften Frieden an, der in sich die Bürgschaft seiner Tragfähigkeit hat. Aber da der Reichskanzler die Frage der Sozialdemokraten nicht beantwortet, die Bedingungen, unter

denen er in Friedensverhandlungen eintreten möchte, nicht dargelegt hat, ist es der Entente möglich, ihre Völker mit der Furcht vor Deutschlands Ansprüchen im Kriegswillen zu erhalten. Eine offene Darlegung dessen, was Deutschland vom Frieden und im Friedensvertrag will, würde nun dieses Spiel unmöglich machen. Danach sieht man, wie berechtigt die sozialdemokratische Frage war und wie wenig erfolgversprechend hier Geheimnisträumerei ist. Deutschland will nichts Unangenehmes und kann darum sagen, was es will. Sagt es aber, was es will, und sagt es, daß es die Gegner nicht vergewaltigen, nicht demütigen, nicht zugrunde richten will, so werden die Kräfte, die in Frankreich und in England zum Frieden drängen, gestärkt, so werden die verstockten Staatsmänner der Entente zum Einlenken und Verhandeln gezwungen. Deutschlands Kriegsziele und die Kriegsziele der Entente unterscheiden sich nämlich sehr: die der Entente leben und wehen im Lande Utopia; die Deutschlands, das eben gekämpft hat, stehen auf festem Boden. Darum glauben wir, daß der Reichskanzler sagen möchte, was Deutschland will; und daß dieses klare und deutliche Wort dem Frieden nicht schaden, ihn vielmehr vorbereiten und nähern würde.“

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)

Großes Hauptquartier, 13. Dez. (M. V. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Es ist nichts von Bedeutung zu berichten.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

An verschiedenen Stellen fanden kleine Gefechte vorgeschobener Bataillone mit feindlichen Aufklärungsabteilungen statt. Dabei gelang es den Russen, einen schwachen deutschen Posten aufzuheben.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Ein vergeblicher Angriff gegen unsere Stellung bei Bulka (südlich des Wygonowkloje-See) kostete den Russen etwa 100 Mann an blutigen Verlusten und an Gefangenen.

Heeresgruppe des Generals v. Linsingen.

Nichts Neues.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist nicht wesentlich verändert. Bei der Armee des Generals v. Roebek wurden gestern über 900 Gefangene eingebracht. Bei Ipek sind 12 moderne Geschütze erbeutet, die die Serben dort vergraben hatten. Hinter unserer Front wurden in den letzten Tagen über 1000 verbrannte Serben festgenommen.

In Mazedonien hat die Armee des Generals Todorow die Orte Doiran und Ghegeli genommen. Kein Engländer und Franzose befindet sich in Freiheit auf mazedonischen Boden. Nahezu zwei englische Divisionen sind in diesen Kämpfen aufgerieben worden.

Oberste Heeresleitung.

Der Krieg in Griechenland.

Wie ein rasch hereinbrechendes Wetter mit Blitz und Sturm ist's über die Ententetruppen in Mazedonien gekommen. Durch langsames Zurückweichen entzogen sie sich der drohenden Umklammerung, aber aus dem langsamen Weichen wurde bald eine Flucht, die zur Zurücklassung von viel Kriegsmaterial zwang und zuletzt so eilig geschah, daß Doiran und Ghegeli im Eil aufgegeben wurden. Und doch waren diese serbischen Grenzstädte bestimmt, auf alle Fälle ein Block zu sein, an dem die Bulgaren sich die Köpfe einrennen konnten. Nun belästigte ihr Brand die wilde Retirade des Heeres der „Befreier Serbiens“, die beim ersten Überhandnehmen der griechisch-serbischen Grenze von Siegesübermut geschwollen waren und nun wie zusammengefallene Walschlappen denselben Weg zurückzuwandern; nein: laufen, springen, rennen! Das Bild ist von einem grimmigen Humor erfüllt, es atmet befeuchtende Ironie: die sieghaftenden Divisionen des jungen Mittelstaates als Räger hinter dem Jahn und dem Löwen. Armee des weltbeherrschenden England und des Frankreich der großen kriegerischen Überlieferungen zum Laufen gebracht von einer Macht, die England und Frankreich noch kürzlich bevormundeten als unmündigen Däumling. Auch so wird Weltgeschichte gemacht. Erst die entsetzliche Dardanellen-Blamage, nun die Prügelstrafe von Mazedonien: wohl

Baumeisters Internationale Korrespondenz bringt den Bericht von einer am 7. November abgehaltenen Parteiverammlung der Pariser Parteisektion. Anwesend waren 300 Parteimitglieder. Es wurde von der Zimmerwalder Konferenz berichtet.

bestimmt, braucht man nicht zu sagen und auch die politische Wirkung bei England, Dänemark in Asien und Afrika kann man sich vorstellen.

Der vorliegende bulgarische Staatsbericht spricht erst von der Verfolgung des geschlagenen Feindes, die die Einnahme von Gueorgewi und Doiran begreift, die ja inzwischen erfolgt ist. Angemessen ist nur, daß nach dem Bericht die Entente-Truppen schwere blutige Verluste erlitten. Die Siegesbeute ist noch nicht festgestellt. Die Gefangenen und Toten gehören zumeist der englischen Armee und der Division des Generals Paillond an, welche die französischen Infanterie-Regimenter 175 und 176, sowie zwei Juvard-Regimenter umfaßt.

Aber was wird nun geschehen? So wie beim Kinder-spiel: „Hier ist Erholung“, kann es doch nicht gehen; garnicht daran zu denken, daß die Bulgaren dem geschlagenen Entente-Heer Zeit lassen, in aller Behaglichkeit auf griechischem Boden neue Kräfte zu sammeln und dann wieder vorzustößen. Sondern nachdem Griechenland die über die Grenze zurückweichenden Truppen, wie es völkerrechtlich sein mußte, nicht entlassen hat, werden die Bulgaren nachstößen. Und also werden gestörte Brücken und brennende Ortschaften den Griechen erneut und drastischer als bisher demonstrieren, welche Schuld die Entente ihnen ins Haus brachte. Die Entente bearbeitet aber weiter die griechische Regierung; die „Times“ meldet, als erster Erfolg des gemeinsamen Kriegsrates der Entente sei Uebereinstimmung wegen des Vorgehens in Athen erzielt. Und weiter: Die Verständigung ergab sofort eine Wirkung in Athen. König Konstantin und die Regierung gaben die Versicherung kund, ihre wohlwollende Neutralität durch Sandlungen zu bekunden. Es ist befohlen worden, sämtliche griechische Truppen bis auf eine Division aus dem Raum von Salonik zurückzuziehen. Das Meer wird jedoch mobil bleiben.

Weiter berichtet Reuter, es hätten Vertreter des griechischen Generalstabs mit dem französischen General Sarraill konferiert. Die Besprechungen würden geheim gehalten. Aber nach einer Mitteilung aus französischer Quelle soll der griechische Oberst oder General Ballis dem General Sarraill namens der griechischen Regierung erklärt haben, daß, wenn die bulgarische Armee bei der Verfolgung der Truppen der Verbündeten die griechische Grenze überschreiten sollte, Griechenland seine Truppen vor den Bulgaren zurückziehen würde, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden.

So scheint also sicher zu sein, daß Griechenland sich außer Schußweite stellen will, aber mehr den Bulgaren als der Entente zuliebe. Und bald wird der Bulgarenvorstoß weitergehen: „in Richtung Salonik“.

Rumänien-Saltung.

Budapest, 13. Dez. (B. V. Nachrichten). Giesige Blätter geben einen Artikel des rumänischen Blattes „Adevărul“ wieder, dessen Eigentümer, Wille, als Vertreter der Interessen der Entente stets hervorgetreten ist. Der Artikel sagt, daß nach der Zertrümmerung Serbiens die Möglichkeit einer Intervention Rumäniens gegen die Mittelmächte endgültig geschwunden sei. Der Artikel erregt infolge der Haltung des Blattes beträchtliches Aufsehen.

Bukarest, 13. Dez. (A. F. B.). Nach sicheren Informationen transportieren die Russen den größten Teil ihrer an der Grenze Bessarabiens gegen Rumänien aufgestellten Formationen ab. Seit vorgestern ist zwischen Rumänien und Rußland die bisher regelmäßig funktionierende Drahtverbindung eingestellt. In Rumänien wird die Entlastung der Grenze angenehm empfunden und hauptsächlich auf die entschlossene Haltung der Regierung, den Durchmarsch der russischen Truppen nicht dulden zu wollen, zurückgeführt.

Bukarest, 13. Dez. (Z. U.). Die schwedische Regierung verständigte das rumänische Kabinett, daß alle für Rumänien bestimmten Waren nicht mehr über Schweden transportiert und eventuell zurückgehalten werden. Wie das halbamtliche Blatt „Bittorul“ dazu meldet, ernannte der rumänische Finanzminister als Gegenmaßnahme an, daß alle für Schweden bestimmten Feigen und Tabaksendungen zurückgehalten werden. Die rumänischen Staatsbahnen nehmen keine Transporte nach Schweden mehr an.

Dom italienischen Kriegsschauplatz

meldet der Österreichisch-ungarische Tagesbericht vom 13. Dezember: „In Tirol beschießt italienische Artillerie den verfestigten Raum von Barda, sowie unsere Stellungen bei Riva, Novareto und am Col di Lana. In Judicaria arbeitet sich die feindliche Infanterie näher heran; auf den Berggipfen östlich des Tales griff sie an und wurde abgeköllert. Am Gortser Brückenkopf fanden Geschütz- und Minenverfechtungen statt. Ein feindlicher Angriffsvorstoß auf die Gruppe nordöstlich von Oslapja war bald zum Stehen gebracht.“

Die „Ancona“-Note.

Reuter meldet aus Washington: Der Text der Note der Vereinigten Staaten an Österreich-Ungarn über die Verletzung der „Ancona“ lautet wie folgt:

„Es liegen verlässliche Informationen von amerikanischen und anderen überlebenden Passagieren der „Ancona“ vor, die zeigen, daß das U-Boot, welches die Österreichisch-ungarische Flotte führte, auf den Dampfer scharf geschossen hat und daß der Dampfer deshalb zu entkommen trachtete, ferner, daß nach einem kurzen Zeitraum, ehe noch die Besetzung und die Passagiere imstande waren, die Boote zu besteigen, das U-Boot eine Anzahl von Geschossen auf das Schiff abgefeuert hat und es schließlich torpedierte und versenkte, während noch Passagiere an Bord waren. Durch das Geschützfeuer und den Untergang des Schiffes haben viele Personen ihr Leben verloren und wurden ernstlich verletzt. Darunter befanden sich Bürger der Vereinigten Staaten. Die Erklärung des Österreichisch-ungarischen Marineheeres über den Vorfall bestätigt im großen und ganzen die hauptsächlichsten Erklärungen der Ueberlebenden, da sie jagt, daß die „Ancona“, nachdem sie beschossen worden war, torpediert wurde, während sich noch Personen an Bord befanden. Die Österreichisch-ungarische Regierung kennt aus der Korrespondenz zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland die Haltung der Regierung der Vereinigten Staaten bezüglich des Gebrauchs von Unterbooten zum Angriff auf Handelschiffe und weiß, daß Deutschland dieser Auffassung Rechnung getragen hat. Trotzdem broche der Kommandant des Unterbootes, das die „Ancona“ angriff, die Besetzung und die Passagiere eines Schiffes, das zu gerettet beschaffen war, nicht in Sicherheit, offenbar, weil man es nicht als Gefährde in einen Hafen bringen konnte. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist der Meinung, daß der Kommandant des U-Bootes die Grundsätze des Völkerrechts und der Menschlichkeit verletzt hat, indem er die „Ancona“ beschoss und torpedierte, ehe die Personen an Bord in Sicherheit gebracht worden oder ihnen genügend Zeit gegeben war, das Schiff zu verlassen. Das Vorgehen des Kommandanten kann als eine mutwillige Tötung schuldloser Nichtkämpfer aufgefaßt werden; denn das Schiff leistete, als es beschossen und torpediert wurde, anscheinend keinen Widerstand und versuchte auch nicht zu entkommen. Keine andere Ursache wäre eine genügende Entschuldigung für einen solchen Angriff, selbst nicht das Befehlen der Möglichkeit einer Rettung. Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt deshalb an, daß der Kommandant des U-Bootes entweder gegen seine Instruktionen gehandelt hat, oder daß die Österreichisch-ungarische Regierung den Kommandanten des U-Bootes nicht solche Instruktionen gegeben habe, die mit dem Völkerrecht und den Grundsätzen der Menschlichkeit übereinstimmen. Die Regierung der Vereinigten Staaten will nicht leugern annehmen und der Österreichisch-ungarischen Regierung die Möglichkeit aufreihen, hilflose Leben zu zerstören. Sie glaubt eher, daß der Kommandant des U-Bootes ohne Auftrag, gegen die Instruktionen, die er erhielt, gehandelt hat. Da die guten gegenseitigen Beziehungen der beiden Länder auf der Beobachtung des Gesetzes und der Menschlichkeit beruhen müssen, kann man von den Vereinigten Staaten nicht anders erwarten, als daß sie verlangen, daß die Österreichisch-ungarische Regierung die Verletzung der „Ancona“ als eine ungeschickte, unverantwortliche Tat bezeichne, daß der Offizier, der sie begangen hat, bestraft und daß ein Schadenersatz für die geschädigten und verletzten amerikanischen Bürger durch Zahlung einer Vergütungsumme geleistet werde. Die Regierung der Vereinigten Staaten erwartet, daß die Österreichisch-ungarische Regierung die Schwere des Falles einsehen und allen Wünschen prompt nachkommen wird. Sie glaubt das deshalb, weil sie nicht annimmt, daß die Österreichisch-ungarische Regierung eine Handlung gutheißt und verteidigt, die von der Welt als unzumutbar und barbarisch verurteilt wird, allen zivilisierten Völkern schrecklich erscheint und den Tod unschuldiger amerikanischer Bürger verursacht hat.“

Diese Note stellt den Sachverhalt anders dar, als er — auch aus einer französischen amtlichen Publikation — bekannt war. Bisher hieß es, das Schiff habe auf Anruf nicht gehalten, sondern zu entkommen versucht und sei dann erst beschossen und versenkt worden; die Beschießung und Verletzung wäre also auch nach den Normen, die die Note anerkennt, zu Recht erfolgt. Es wird auf den Nachweis ankommen, welche Darstellung richtig sei.

Englische Presse und Werbungsfragen.

Das englische Pressebureau teilt mit, daß die Zensur des auswärtigen Amtes aufgehoben ist. Die Verantwortung für die Veröffentlichung von Nachrichten auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten liegt zukünftig bei den Direktoren der Zeitungen und Nachrichtenagenturen.

Das Unterhausmitglied Sodg, ein Führer der Arbeiterpartei, erklärte laut „Köln. Ztg.“, daß ein voreiliger und ungenügender Frieden ein ebenso großes Unglück wie der Krieg selbst bedeute. Es wäre besser, wenn man zur Dienstpflicht seine Zuflucht nehme, als die Freiheit Englands in Gefahr zu bringen.

Die englische Regierung beschäftigt, laut „Köln. Ztg.“, allen Kriegsteilnehmern der unteren Chargen bis zum Offizier eine Lebensrente zu gewähren, die etwa ein Viertel ihres bisherigen Arbeitseinkommens betragen soll. Eine solche Vorlage beschäftigt augenblicklich die Ministerien und man hofft durch Annahme dieses Gesetzes großen Einfluß auf die Werbungen ausüben.

Die Meinung des englischen Volkes.

Von den Schilderungen, die Hans Vort über seine Engländer im „Berliner Tageblatt“ gegeben hat, brachten wir neulich eine Probe. Auch sein jüngster Artikel bringt bemerkenswerte Beobachtungen. In England versteht man schwer, daß man sich in Deutschland des Ausbürgerungskriegs wegen moralisch entrüstet; Blockade und Ausbürgerung seien eben Kriegsmittel; wäre Deutschland an Englands Stelle, würde es auch so verfahren. So die Meinung eines intelligenten Engländer, der in Deutschland studiert hat. Er gab auch offen zu, daß nicht Sentimentalität für Belgien das Eingreifen Englands veranlaßt habe, so etwas werde nur gesagt, um „dem Volke seine Interessen durch Ideale blaßfabel zu machen“. Für die Engländer handle es sich, so urteilt Dr. Vort, sehr durchaus um einen nationalen Krieg. „Wenn es zu Beginn des Krieges viele Engländer gab, die der Meinung waren, daß Großbritannien hätte neutral bleiben können, so hat diese Ansicht dann später allen Boden verloren. Dieser Stimmungswandel ist gerade dadurch hervorgerufen, daß man sich über die militärischen Erfolge der Mittelmächte keinerlei Rückschlüsse hingibt.“ Es bedürfte für den Engländer keiner besonderen Intelligenz, um sich, angesichts der großen Erfolge der Zentralmächte auf den wichtigsten Kriegsschauplätzen, die naheliegende Frage vorzulegen, welche Situation sich ergeben hätte, wenn England in diesem Kriege Zuschauer geblieben wäre. Der Artikel schließt:

Man kann solche Erwägungen daher auch in den niederen Schichten des Volkes häufig antreffen. So geriet ich in einer der populären Teehäuser von Portsmouth mit einem älteren, einfachen Engländer in ein längeres Gespräch. Unter anderem sagte er mir ziemlich unvermittelt: „Wenn wir nicht dabei wären, dann wäre schon längst Frieden.“ Ich fragte ihn, wie er das meine. „Sehr einfach: Frankreich und Rußland wären längst besiegt und hätten Frieden schließen müssen. Doch ihnen die Unterstützung des englischen Landheeres gefehlt hätte, ist noch das wenigste. Aber wenn wir nicht dabei wären, hätte ja Deutschland das Meer beherrscht. Frankreich hätte nicht einmal seine Kolonialtruppen auf den Kontinent bringen können, von amerikanischen Kriegsmaterial gar nicht zu reden. Rußland wäre vollständig isoliert gewesen. Italien hätte nie gewagt, in den Krieg einzutreten. Die türkischen Truppen wären zur Verwendung gegen Rußland frei gewesen, und die Zentralmächte hätten aus der ganzen neutralen Welt Kriegsmaterial erhalten können, so viel sie wollten. Man kann doch gar nicht daran zweifeln, daß unter diesen Umständen Rußland und Frankreich längst gewonnen gewesen wären, Frieden zu schließen. Und wie wäre es uns dann gegangen? Von der Kriegskontribution hätte Deutschland in wenigen Jahren eine Flotte bauen können, stärker als die englische. Unsere mühsamen Bundesgenossen wären auf lange Zeit hinaus geschwächt gewesen. Unter solchen Umständen könnten wir es auf eine Kampfprobe nicht mehr ankommen lassen und stüßten nur, was Deutschland will.“ Bei diesem Gedanken kochte der Mann während in seiner Weise herum und schloß: „Es wäre eine ungeheure Dummheit gewesen, wenn wir nicht mitgemacht hätten.“

Ich habe aus England die Ueberzeugung mitgenommen, daß diese drastische Äußerung durchaus die Meinung des englischen Volkes widerspiegelt, und wohl nur sehr wenige Engländer nicht damit übereinstimmen dürften.

Diese Erwägungen eines einfachen Mannes aus dem Volke könnten manchem deutschen Politiker zu denken geben. Benignitäts bedenke, die aus dem Krieg die Weisheit gelernt haben, Deutschland müsse künftig eine stärkere Flotte bauen und dazu einen Teil der „Kriegskontribution“ verwenden.

Genilleton.

Testamente als Bekenntnisse.

Von Kurt Eisner.

Das Testament Adolf Menzels ist eben bekannt geworden. Was alle seine Bilderwerke nicht offenbaren, ob sie auch eine ganze Galerie füllen mögen, gewahren diese Zeilen, die er zwar mehr als zwei Jahrzehnte vor seinem Tode, aber doch in vertrauter Intimität mit dem Tode in letzter Einsamkeit und Wahrheit geschrieben: Er spricht von sich selbst.

Der Hauptteil dieser „Notizen für meine Hinterbliebenen“ ist eine sehr genaue Anweisung an seine Anverwandten und Erben, wie sie geredet, seine im einzelnen verzeichneten Besitztümer verwalten sollten. Er warnt vor unsoliden Papieren, vor den listigen Angriffen von Gaunern, die allzu vortheilhafte Anlagen und Unternehmungen für die Kapitalien versprechen; auch vor Leuten mit vertraulichen Geständnissen, die doch nicht selten nur „vorläufige Schienenlegungen“ seien, „um eines Tages eine Schwankung auch an Eure Nase zu machen“. All diese Ratsschläge eines guten und zähen Hausvaters sind selbst nur „vorläufige Schienenlegungen“, um den alten Onkel schließlich zu einem geheimsten Geständnis zu leiten, zu dessen Mitteilung er nicht nur alle möglichen umständlichen Vorbereitungen braucht, sondern das er auch, als er es schließlich ausspricht, in der härtesten Form eines höflich maskierten Dolchstoßes preisgibt. Nachdem er feststellt, daß niemand an ihn eine Schuldforderung habe, da er stets und ungezügelt bar zahle, fährt er fort: „Gleichzeitig kann niemand aufstehen, irgend welche Nachkommentenrechte geltend zu machen. Nicht allein, daß ich ehelos geblieben, habe ich auch lebenslang mich jederlei Beziehung zum andern Geschlecht (als solchem) entzogen. Kurz, es fehlt an jedem selbstgeschaffenen Alibi, worin mir und der Außenwelt“. Grimmiere, verständlichere Worte sind nicht denkbar, um die verborgene Tragik eines glänzenden Dolchstoßes für einen Augenblick zu enthüllen. Die innersten Beziehungen des einzelnen mit der Welt der menschlichen Wesen, die Unsterblich-

keit des eigenen Blutes — der greise Junggefall tut all das mit dem verblüfften Wort ab, ihn verstände kein „Alibi“ mit der Außenwelt. Er verhöhnt das ihm beschriebene Schicksal, indem er es zum ersten und einzigen Male bekundet. Und wenn man erschauernd den Satz liest, denkt man an jene Zeichnung, die der junge Menzel zwischen 20 und 25 Jahren im Augler-Werk veröffentlichte: die Szene, wie der Kronprinz Friedrich, ein schnell entbrannter Knabe, stürmisch sich von der jählich bestohenen Gräfin Orzelska aus dem Ballsaal in eine verschwiegene Glückseligkeit entführen läßt. Auch diese Zeichnung ist schon spöttisch zerzaust, dennoch aber konnte diese Szene nur ein Zeichner so lockend, schwebend stricheln, der selber in sein Geschöpf, die galante Moco-Mocoe, verliebt war und sich in die Rolle des prinzipal Springbrunnens hineintränkte. Das war denn die Entwicklung von fünf Jahrzehnten: die anmutig überzogene Orzelska-Szene zu Beginn und das ungeschöpflich murrende Wort vom Alibi in der stillsten Stunde testamentarischen Bekenntnisses. . . .

Ganz anders sind die Bekenntnisse geartet, die Heinrich Heine in seinen verschiedenen Testamenten niedergelassen. Sie spiegeln unordentliche Finanzen und verwirre Familienverhältnisse. Seine Persönlichkeit und individuellen Erlebnisse reden aus jeder Zeile seiner öffentlichen Schriften. Er hat immer auf dem Markte geirrt, wenn auch die Grimasse als Schammaske dienend. So brauchte er nicht die Totenstille und Todesverdrücktheit des Testaments, um sich ganz zu enthüllen. Gleichwohl beichtet auch er, ihn drängte es, zu verkünden, wie ernst es ihm doch in all den schillernden Spielen des Lebens um dieses Leben gewesen. Er denkt mit zärtlicher Sorge seiner geliebten Frau Mathilde Mirat, die er vielleicht drückender Notlage überlassen muß. Stolz beginnt er: „Obgleich ich von der Natur und vom Glücke mehr als andere Menschen begünstigt ward, obgleich es mir zur Ausbeutung meiner Geistesgaben weder an Verstand noch an Gelegenheit gebrach, obgleich ich, auf Engste befreut mit den Reichtümern und Mächtigkeiten dieser Erde, nur zugreifen brauchte, um Geld und Reichtum zu erlangen, so sterbe ich dennoch ohne Vermögen und Würden. Mein Herz hat es so gewollt, denn ich liebte immer die Wahrheit und verabscheute die Lüge. Meine Hinterlassenschaft ist daher sehr geringfügig und ich sehe mit Betrübnis, daß ich meine arme Ehefrau, die ich, weil ich sie unjählich liebte, auch un-

jählich vermählte, verhältnismäßig mit ihren Bedürfnissen in einem vielleicht an Dürftigkeit grenzenden Zustand zurücklasse.“ Aus seiner demokratischen Gesinnung heraus verordnet er, „daß mein Verlebensbegriff so einfach sei und so wenig kostspielig, wie der geringsten Mann im Volke“. Obwohl Protestant, will er in dem katholischen Teil des Montmartre-Kirchhofs begrabt werden, damit seine katholische gläubige Frau einst neben ihm ruhen könnte. Mit einem Gruß für seine beiden Vaterländer endigt er die Aufzeichnung seines letzten Willens: „Ob wohl, auch Du, deutsche Heimat, Land der Räthsel und der Schmerzen, werde hell und glücklich. Lebt wohl, Ihr geistreichen, guten Franzosen, die ich so sehr geliebt habe! Ich danke Euch für Eure heitere Gastfreundschaft.“ Die in seiner Berlin verkörperte Verfeinerung zwischen Deutschland und Frankreich ist Heines Vermächtnis an die Zukunft auch in dem spätern Testament von 1851: „Es war die große Aufgabe meines Lebens, an dem verglichen Einverständnis zwischen Deutschland und Frankreich zu arbeiten und die Ränke der Feinde der Demokratie zu vereiteln, welche die internationalen Vorurteile und Antipathien zu ihrem Nutzen ausbeuten.“

Im Herbst des Revolutionsjahres entschließt sich Grillparzer sein Testament aufzulegen, „da im gegenwärtigen Augenblicke niemand, vor allem kein ehrlicher Mann, sicher ist, gewaltlos zu Grunde zu gehen“. Er denkt der Frau, die er geliebt, seines künstlerischen Schaffens, das im „höchsten Geistesdurst“ verendet sei, und seines Österreich. Das ist sein letztes Wort: „Nebenbei empfehle ich mein letztes, durch eigene Schuld unglücklich gewordenes Gesamt-Vaterland dem Schutze Gottes und bitte das Fräulein Katharina Frölich meinen Tod mit Hassung zu ertragen, da er mein Wunsch ist.“ Über der Tod hat noch 25 Jahre auf den grünen Dichter gewartet!

An die Revolution von 1848 erinnert auch das menschenfeindliche Testament Schopenhauers, der als Unterstuflehrer in der in der Aufrühr- und Empörungskämpfe der Jahre 1848 und 1849 für Aufrechterhaltung und Herstellung der gesetzlichen Ordnung in Deutschland invalide gewordenen preussischen Soldaten, wie auch der Hinterbliebenen solcher, die in jenen Kämpfen gefallen.“ Mit Geldlegaten aber be-

Was die parlamentarische Kontrolle feststellte.

Als „Erweiterndes aus der Pariser Presse“ berichtet die „Welt“, 13. d. das folgende: „Im „Journal officiel“ werden die schriftlichen Fragen und Antworten veröffentlicht, die man zur Entlastung der parlamentarischen Tagesordnungen eingeführt hat. Die Frage 5730 hat der Abgeordnete Marquis de Lamoignon gestellt. Er möchte wissen, was es mit den undurchsichtigen Kampagnen auf sich hat, die der Armee geliefert worden seien. Die Antwort lautet, die fraglichen Gegenstände gehörten zu einer Lieferung von 165.000 Messern, die vom Generalstab beschlagnahmt worden waren. Die betreffende Amtsstelle habe keine Zeit gehabt, die Ware zu prüfen, und es sei daher übersehen worden, daß einfach alle Arten von Messern ohne Rücksicht auf ihre Bestimmung geliefert wurden. Für diesen bedauerlichen Umstand, meint der Kriegsminister, könne man niemand verantwortlich machen, denn es sei nur die Folge eines „übertriebenen, aber lobenswerten Eifers“. Die Soldaten, die auf diese Weise etwa in den Besitz eines Desinfektors gelangt sein mögen, sind vielleicht anderer Meinung.“

Eine hübsche Sache. Aber das französische Parlament hat ein Kontrollrecht und wendet es an. Auf diese Weise lassen die Pariser wenigstens zu einer „Erweiterung“, die manchen anderen Europäern verjagt ist.

Von den echt russischen Leuten.

Petersburg, 13. Dez. (W. B. Nichtamtlich.) „Metich“ bringt eine weitere Resolution des Kongresses der echt russischen Leute. Sie wünscht die völlige Enteignung allen deutschen Eigentums, die Beschlagnahme allen Eigentums der Sektierer, die Befreiung der Stellen in der Verwaltung nur durch echt russische Leute, die Entziehung des Kredits bei allen deutsch-jüdischen Banken, Monopolisierung sämtlicher Versicherungsgesellschaften, da sie alle in deutschen Händen seien. Sammlung von Material gegen Verleumdungen auf deutschen Familiennamen, ein Verbot an die Banken, auf Teuerungswaren mehr als 50 Prozent Vorzuschuß zu gewähren, und die Vergütung aller Angelegenheiten durch besonderen Befehl des Zaren, die nicht mit dem Kriege unmittelbar zusammenhängen. Der Kongreß verlangt ferner energische Maßnahmen gegen den liberalen Block, da er die Grundgesetze Rußlands überschreite und die absolute Macht des Zaren beschränke. Das Verlangen nach Amnestie sei direkt zum Schaden des russischen Volkes. Das Verlangen nach Toleranz gegenüber Andersgläubigen sei eine Unzulässigkeit gegenüber dem Sektierertum. Die bereits gewährte Erleichterung der Lage der russischen Juden bedrohe direkt die russische Existenz, da diese jetzt offensichtlich Deutschland im Kriege begünstigen. Die jegliche Politik gegenüber Finnland sei eine direkte Übertretung des Gesetzes zugunsten der Finnen. Die vom Block verlangte Einstellung des Kampfes gegen die Ukrainer enthalte die Gefahr einer Rechtfertigung Rußlands. Der Kongreß bekräftigt die Hinaussetzung der Einberufung der Duma freudig und betont, die Semstwo und die Stände beabsichtigen offensichtlich, die Staatsgewalt an sich zu reißen.

Noch etwas echt Russisches.

Krasnau, 14. Dez. (N. U.) Der „Glas“ entnimmt dem „Ruskoje Slovo“ folgende Mitteilung: In Rostow am Don befinden sich über 40.000 Russen aus Galizien, darunter Mitglieder des früheren russenfreundlichen Nationalrates. Die russische Regierung hat als Unterstützung für diese Flüchtlinge dem Nationalrat monatlich 60.000 Rubel angewiesen. Nunmehr stellt sich heraus, daß die Flüchtlinge von diesen monatlichen Geldern überhaupt gar keine Unterstützung erhalten und mehrfach Hungers sterben. Die eingeleitete Untersuchung ergab, daß die zur Unterstützung an den Nationalrat abgeführten Gelder von monatlich 60.000 Rubel einfach unterschlagen wurden.

Reichstagsitzung und Kreditvorlage.

Am heutigen Dienstag, nachmittags 2 Uhr, findet eine Sitzung des Reichstags statt, die auch formell über die Behandlung der neuen 10-Milliarden-Vorlage beschließen soll. Die sozialdemokratische Fraktion hat laut „Vorwärts“ am Montag mit 60 gegen 31 Stimmen beschlossen, bei der ersten Beratung der Kreditvorlage wie in den früheren Fällen die Vorlage ohne Debatte an die Budgetkommission überweisen

zu lassen. Zu der Kreditvorlage selbst wird die Fraktion erst in einer späteren Sitzung Stellung nehmen.

Eine weitere Sitzung des Plenums wird wahrscheinlich nicht mehr vor Weihnachten stattfinden. Die Beratung des Haushaltsausschusses soll am 18. Dezember beendet werden und der Ausschuß wird dann noch Neujahr seine Arbeiten wieder aufnehmen. Aller Voraussicht nach findet die nächste Plenarsitzung am 9. Januar statt.

Beschlüsse zur Volksernährung.

Der Hauptausschuß des Reichstages hat über eine ganze Reihe Anträge abgestimmt. Es wurden angenommen: Erstens ein Antrag der Reichstagsfraktion auf Festsetzung einheitlicher Höchst- und Futter-Höchstpreise für größere Viegele und die Einführung von Zeitkarten zur Regelung der Versorgung der Bevölkerung von Städten und Industriebezirken mit Futter und Speisefett, so daß die Versorgung gesichert ist; zweitens ein Antrag der Konserverfraktion auf Regelung der Verwendung der unentbehrlichen Lebensmittel dahin, daß für die minderbemittelten Volksteile eine bestimmte Menge unter Einwirkung des Verbrauchs der Wohlhabenden sichergestellt wird, in Verbindung mit einem Zentrumsantrag auf Ausgabe von Bezugskarten für alle Haushaltungen mit einem Jahresumsatz von 2000 Mark für Fleisch, Fett oder Gemüse bei den Gemeindeverwaltungen usw. zu ermäßigten Preisen; drittens ein Antrag der Sozialdemokraten auf Festsetzung des Einfuhrmonopols für Lebensmittel an die Zentraleinkaufsgesellschaft und Abgabe der eingeführten Lebensmittel durch sie nur an Behörden oder an behördlich bestimmte Verteilungsstellen.

Angenommen wurde weiter aus den Vorschlägen der Sozialdemokraten derjenige, daß für Fabrikartikelfleisch der Höchstpreis für Speisefleisch mit einem dem geringeren Stückgewicht entsprechenden Abzug festgesetzt werden sollte. Das Ertragsgesetz, die Höchstpreise für Speisefleisch, die nicht bis zum 1. Dezember 1915 angenommen sind, um 25 Prozent herabzusetzen, und endlich eine Frist zu bestimmen, bis zu der die Gemeinden die Höchstpreise für den Kleinhandel einführen müssen.

Angenommen wurde ferner eine Resolution des Zentrums, betreffend den Aufbau von für die Volksernährung notwendigen Arbeitskräften, Förderung der Einfuhr ausländischer Futtermittel und der Vereinfachung des Einkaufs, Beschaffung und Verwendung neuer Futtermittel sowie gerechte Verteilung aller vorhandenen Futtermittel.

Angenommen wurde weiter eine konservative Resolution auf Ermäßigung der Lederpreise. Auch die sozialdemokratische Resolution auf Ermäßigung der Lederpreise wurde angenommen, desgleichen die Resolution der Sozialdemokraten auf Verbot eines Einfuhrmonopols für Lebensmittel an die Zentraleinkaufsgesellschaft und Festsetzung von Verkaufspreisen für die dringend notwendigen Nahrungsmittel unter Entschädigung der Zentraleinkaufsgesellschaft durch das Reich für etwaige Verluste.

Abgelehnt wurde eine konservative Resolution betreffs Ausschließung der Beschäftigung aller Wahlen Deutschlands; angenommen wurde dagegen eine nationalliberale Resolution auf möglichst gleichmäßige Beschäftigung der Wahlenbetriebe nach ihrer Leistungsfähigkeit. Angenommen wurde die Resolution eines Mittels der Wirtschaftlichen Vereinigung, bei der Verteilung der Beschäftigung der Wahlen auch das von Privatmüllern für die Heeresverwaltung verwahrte Getreide anzurechnen. Eine sozialdemokratische Resolution bez. Verbot der Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit in den Getreidemüllern fand Annahme.

Die Zentrumsresolution über die Errichtung einer Zentrale für Lebensmittelversorgung bei dem Bundesrat unter Einwirkung eines vom Reichstag ernannten Beirats, über die lange Auseinandersetzungen stattgefunden haben, wurde einstimmig angenommen.

Zur Frage der Fleischversorgung

folgt folgender Antrag der Sozialdemokraten vor:

- Einführung einer Fleischkarte, die den Verbrauch gleichmäßig regelt;
 - Einführung einer kombinierten Karte, die den Bezug von Butter, Schmalz, Margarine und Fett regelt;
 - für Groß- und Kleinhandel Höchstpreise für alle Fleischsorten, Fleischwaren und Wurst, abgestuft nach Fleischsorten;
 - Höchstpreise für Vieh als Schlachthofviehmarkt; Einführung eines Schlachthofmarktes beim Viehkauf und -verkauf.
- Die Nationalliberalen fordern eine Regelung der Versorgung der Schweinemäster mit Futtermitteln, zu deren Anlauf das Reich einen Zuschuß leisten soll.

etwas schnelle Veränderung mich aus dem besten Zustande in den schlechtesten versetzen kann. Geduld, so heißt es, sie muß ich nun zur Führerin wählen; ich habe es...

Gott! Du siehst herab auf mein Inneres, du kennst es, du weißt, daß Resignation und Reue zum Wohle dein Hausen. O Menschen, wenn ihr eins dieses leset, so denkt, daß ihr mir unrecht getan, und der Ungläubige, er tröste sich, einen seinesgleichen zu finden, der trotz allen Hindernissen der Natur doch noch alles getan, was in seinem Vermögen stand, um in die Reihe würdiger Künstler und Menschen aufgenommen zu werden...

Das war das Vermächtnis des Genies, dessen Kunst keelenzugend Gemeingut menschlicher Kultur ward, der allen kommenden Geschlechtern vom Reichtum seines Lebens vererbend mitteilte, also daß in erhöhtem Sinne für die von Beethoven erfüllten Menschen die Verse aus Goethes „Vermächtnis“ gelten:

Kein Wesen kann zu nichts zerfallen!
Das Ge'ge regt sich fort in allen,
Am Sein erhalte Dich beglückt!

Bücher und Schriften.

„Der Zoppeltrab.“ Ein Trauerspiel aus dem achtziger Jahren von Robert Juchs-Wiska. 8., 280 Seiten. Verlag des Gebr. Brauer, Frankfurt a. M. Preis 3.50 Mark. Der „Zoppeltrab“ ist ein Kleinroman, der Hamburg u. d. S. zum Schauplatz hat. Ob die darin geschilderten Personen der Wirklichkeit nachgebildet sind, wissen wir nicht, ist auch nicht von Bedeutung, denn es sind Spießerfiguren, wie sie in jedem Städtchen anzutreffen sind. „Zoppeltrab“ ist der Spitzname für einen Apotheker, der aber in dem Roman nicht die Hauptrolle spielt. Der eigentliche Held ist vielmehr ein junger Lehrer Bernhard Bernbach, ein wenig sympathischer Charakter. Denn er offenbart sich als ein großer Schürzenjäger, der sein Triebleben in seiner Ehe zu befeuern vermag. Deshalb vermag er sich auch mit seinen pädagogischen Neuerungen nicht recht durchzusetzen, sondern muß vielmehr, weil er der Reizstoffe zu viele herausbekommt, schließlich das Städtchen verlassen. Eines seiner Opfer, die Tochter eines jüdischen Reggers, geht ins Wasser. Ueberhaupt erweist die ganze Erzählung einen fast sinnlichen Schwulst und spielt sogar ins homoerotische Gebiet hinein. Wenn der Verfasser mit diesen Schilderungen den Schleier von dem Leben des Kleinbürgers zuziehen wollte, so ist ihm das ganz gut gelungen; aber einen größeren ethischen Wert hat sein Roman nicht. Man legt ihn mit einem gewissen Ekel beiseite.

In der gleichen Richtung bewegt sich eine Reihe anderer Beiträge. In der Debatte behauptete Abg. Noefke (Bund der Landwirte), daß die Landwirtschaft nicht reicher wird, sondern eher die Verarmung entgegengeht. Die Viehzüchter werden durch das fortgesetzte Sinken der Preise sehr beunruhigt.

Die vorliegenden Berichte lassen nicht klar erkennen, ob der Antrag der Sozialdemokraten angenommen ist; man wird wohl noch eine kontrollierte Zusammenstellung der Beschlüsse bringen müssen. Uebrigens sind diese Beschlüsse zunächst nicht viel mehr als Wünsche, die die Regierung ausführen oder nicht ausführen kann. Es sei denn, der Reichstag entschlösse sich endlich zur Anwendung von Wirtschaftsmitteln, die auch ihm zu Gebote stehen.

Die Unterstützung der Kriegerfrauen.

Weiter wurde die Familienunterstützung besprochen. Abg. Berger (Zentr.) meinte, für das ganze Reich sei eine Erhöhung der Familienunterstützung nicht nötig. Notwendig sei eine Erhöhung in jenen Gegenden, in denen die reine Geldwirtschaft herrsche; dort könnten die Familien nicht auskommen. Hier müsse eingegriffen werden. Die Erhöhung der Mannschafszulage sei nötig, weil die Mannschaften höhere Preise für ihre Bedürfnisse ansetzen müßten. Die Kommission beschloß, die Erhöhung der Mannschafszulage hier mitzubehandeln und gleichzeitig auf die Kriegesbesoldung einzugehen. — Abg. Bauer (Zentr.) begründet die sozialdemokratischen Anträge, in denen verlangt wird, daß die Unterstützung der Kriegerfrauen monatlich 20 Mark und die der Kinder 10 Mark betragen soll. Die Gemeinden sollen verpflichtet werden, mindestens 50 Prozent Zuschlag zu zahlen. Der Redner trat der Auffassung entgegen, daß ein Bedürfnis zur Erhöhung der Familienunterstützung nicht vorhanden sei. Selbst im Osten, wo neben der Geld- auch die Naturalwirtschaft besteht, herrsche unter den Kriegerfamilien große Not. Besonders schlecht gestellt sind aber die Familien der freien Arbeiter, die auf dem Lande mitunter höhere Lebensmittelpreise bezahlen müssen, als wie sie in den Städten gefordert werden. Die Preisverbände haben vielfach sehr wenig sozial gedankelt. Redner befragt das an einer Reihe überaus drastischer Beispiele. Zum Schluß fordert er die Schaffung einer Beratungsinstanz. — Ministerialdirektor Lemmer bemerkte, daß 4 Millionen Fälle in Frage kommen mit vielleicht 12 Millionen Personen. Eine allgemeine Erhöhung sei jedenfalls nicht zweckmäßig. Viele Gemeinden sind gar nicht in der Lage, die geforderten Zuschüsse zu zahlen, und das Reich kann ihnen die Zuschüsse aus keinem Geld- auch eine Beschwerdeinstellung habe nicht viel Zweck. Für die Unterstützung der Kriegerfamilien wendet das Reich gegenwärtig monatlich 100 Millionen Mark auf, während die Gemeinden 40 Millionen zuschießen müssen. — Abg. Göttsch hält vielmehr die Unterstützung für unzureichend, namentlich dann, wenn es sich um alle Eltern handelt, die mehrere Söhne im Felde haben. Die Gehälter der Offiziere hat man nicht herabgesetzt, und soweit die Bezüge der Beamten erniedrigt worden sind, hat der Generalgouverneur von Belgien diese Maßnahme einfach illusorisch gemacht dadurch, daß er die Bezahlung in aller Höhe anordnete.

Die Weiterberatung wurde auf Dienstag verlagert.

Belagerungszustand und Strafmilderung.

Berlin, 13. Dez. (W. B. Nichtamtlich.) Nachdem das Gesetz vom 11. Dezember 1915 zugelassen wurde, daß Zusammenhänge gegen § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1911 bei Annahme mildernder Umstände mit Geld oder mit Geldstrafe geahndet werden, hat der Justizminister die preussischen Strafvollstreckungsbehörden angewiesen, daß sie sofort sämtliche, noch nicht durch Strafvollstreckung erledigte Urteile wegen derartiger Zusammenhänge darauf prüfen, ob es der Milderung entspricht. Insbesondere zugunsten der Verurteilten von Amts wegen zu dispensieren. Die Befürwortung soll stets für geboten erachtet werden, wenn anzunehmen ist, daß das Gericht nicht auf Gefährdung erkannt haben würde, falls das neue Gesetz schon zur Zeit der Aburteilung gegolten hätte.

Die Steuerfrage in Mecklenburg.

Beide Mecklenburg haben einen gemeinsamen Landtag. Von diesem, der von Gutsherrn und vom Magistratsherren gebildet wird, forderte nun die Streikler Regierung die Bewilligung der dortigen Landessteuer in der Höhe vom Vorjahre, nämlich 100 Prozent. Der Streikler Teil des Landtages lehnte jedoch diese Vorlage ab, nahm vielmehr eine Herabsetzung des Steuerfußes vor, indem er nur 80 Prozent bewilligte. So für Streik!

Für Mecklenburg-Schwerin aber war es ganz anders! Die Schweriner Regierung forderte nicht nur den vorjährigen Steuerfuß, sondern verlangte statt der 100 Prozent gleich 125. Und hier tritt nun der Schweriner Teil des Ständetages nicht, sondern bewilligte statt die ansehnliche Steuerrückzahlung des Steuerfußes. Na, einige Leute des Ständetages wollten noch über das Verlangen der Schweriner Regierung hinausgehen und gar 150 Prozent bewilligen.

Also: in Mecklenburg-Strelitz Steuerermäßigung, in Mecklenburg-Schwerin aber Steuererhöhung!

Vermischte Kriegsnachrichten.

Der schweizerische Bundesrat hat verschärfte Bestimmungen über die Sicherung der Brotversorgung und den Verkauf von Getreide erlassen. — Sämtliche Mühlen dürfen nur noch sogenanntes Vollmehl herstellen. Die Herstellung von Weizenmehl und Gerstenmehl ist vollständig verboten, mit Ausnahme der Erzeugung und Abgabe an Kranke und Kinder.

Wolff meldet aus Peking: Yuanseikai hat den Thron unter der Bedingung angenommen, daß die Regierungsform bis zum nächsten Frühjahr unverändert bleibt.



Eckstein

Zigaretten

Einzig in Qualität

Trustfrei

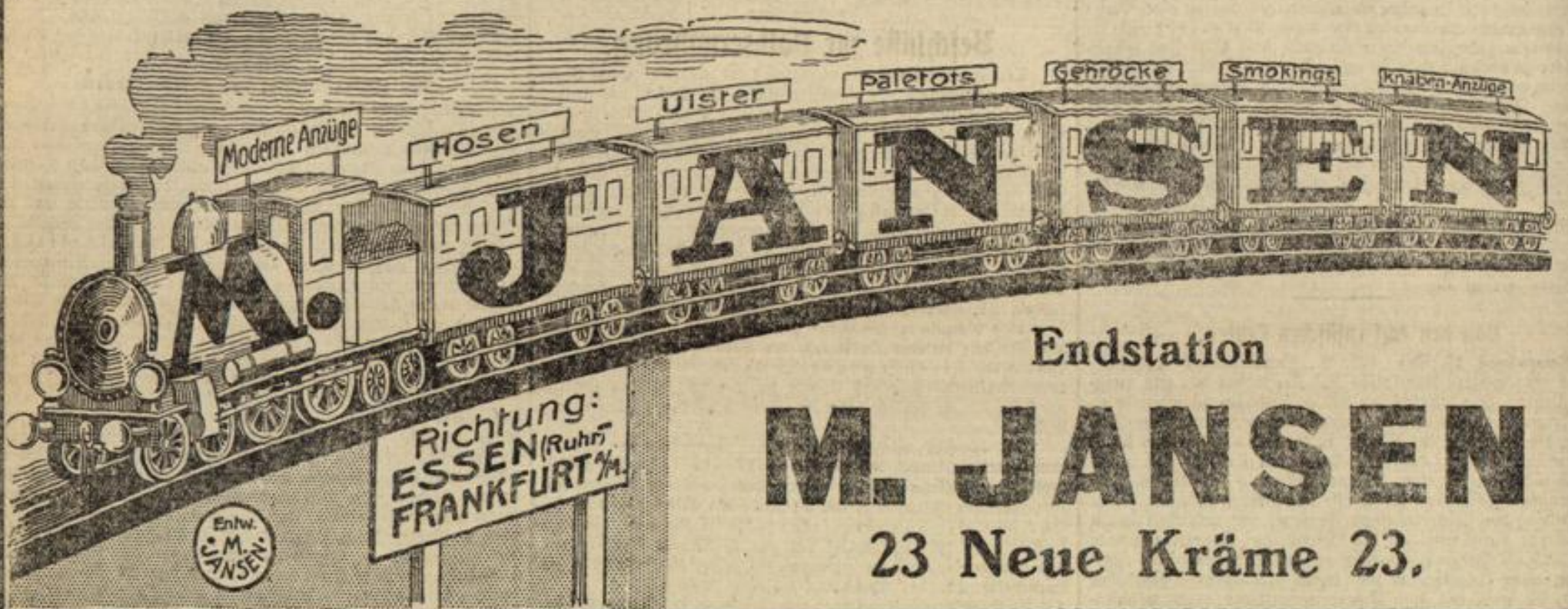
A-MECKSTEIN & SÖHNE, DRESDEN

dachte er, im gleichen Federzug, seinen Radel Atma und eine Berliner Theaterdame, mit der er einst Beziehungen gehabt. Das war in der Zeit ein letztes Verhängnis des ganzen Menschen — eines galligen Philisters. Von diesem verärgerten Grillkopf führt kein Weg zu dem erhabenen Zeugnis Delfter, tragischer Menschlichkeit, dem Heiligenstädter Testament Beethovens, das wie ein erleuchteter Text zu allem ist, was der Gewalttätigkeit der Kunst aus tönender Seele gestaltet:

O ihr Menschen, die ihr mich für feindselig, höflich oder misanthropisch haltet oder erklärt, wie unrecht tut ihr mir; ihr wißt nicht die geheime Lesart von dem, was auch so scheint. Mein Herz und mein Sinn waren von Kindheit an für das ganze Gefühl des Wohlwollens, selbst große Handlungen zu verrichten, dazu war ich immer aufgelegt. Aber bedenket nur, daß seit sechs Jahren ein heillosen Zustand mich befallen, durch unvernünftige Kriege der Schürzenjäger, von Jahr zu Jahr in der Hoffnung, gebessert zu werden, bezogen, endlich zu dem Ueberbild eines dauernden Übels (dessen Heilung vielleicht Jahre dauert oder gar unmöglich ist) geworden, mit einem feurigen, lebhaften Temperament geboren, selbst empfänglich für die Reizwirkungen der Gesellschaft, mußte ich mich absondern, einmal mein Leben zubringen; wollte ich auch zuweilen mich einmal über alles das hinaussetzen, o wie oft wurde ich durch die verdoppelte traurige Erfahrung meines schlechten Schicksals dann zurückgezogen, und doch war's mir noch nicht möglich, den Menschen zu sagen: Sprecht lauter, schreit, denn ich bin taub; ach wie wäre es möglich, daß ich dann die Schwäche eines Sinnes angeben sollte, der bei mir in einem vollkommenen Grade als bei anderen sein sollte, einen Sinn, den ich einst in der größten Vollkommenheit besaß, in einer Vollkommenheit, wie ihn wenige von meinem Geschlecht noch gehabt haben. O ich kann es nicht, darum verzichte, wenn ihr mich da zurückziehen sehen werdet, wo ich mich gerne unter euch mischte! Doppelt weh tut mir mein Unglück, indem ich dabei verstanden werden muß; für mich darf Erhaltung in menschlicher Gesellschaft, feinere Unterredungen, wechselseitige Erregungen nicht stattfinden; ganz allein, fast nur soviel, als es die höchste Notwendigkeit fordert, darf ich mich in Gesellschaft einlassen, wie ein Verbannter muß ich leben. Nahe ich mich einer Gesellschaft, so überfällt mich eine heilige Furcht, indem ich befürchte, in Gefahr gesetzt zu werden, meinen Zustand merken zu lassen...

Nur sie, die Kunst, sie hielt mich zurück. Ach es dünkte mir unmöglich, die Welt eher zu verlassen, bis ich das alles herübergebracht, wozu ich mich aufgelegt fühle, und so triebete ich dieses elende Leben — wahrhaft elend, einen so reizbaren Körper, daß eine

Bis Weihnachten erhält jeder Käufer ein Geschenk gratis!



Mit Eilzugs-Geschwindigkeit

müssen Sie zu mir kommen,

denn was ich Ihnen an **billigen Preisen und Riesen-Auswahl** bis Weihnachten biete, ist ganz ausserordentlich.

Da mein Lager überfüllt ist und jeden Tag neue frische Ware hereinkommt, habe ich einen Teil der Waren in Serien eingeteilt und verkaufe dieselben **zu Aufsehen erregenden billigen Preisen.**
Das muss man sehen!

Herren-Ulster und -Paletots

Gelegenheitskauf! Verkaufe einen Herren-Ulster um jedem Herrn eine grossen Posten Herren-Ulster Freude zu bereiten Serie I gezeichnet bis **25 Mk., Stück für Stück 1250**

Herren-Ulster und -Paletots 1- u. 2-reih., elegant gearbeitet, mit guten Zutaten, teils auf Seide, in den neuesten apartesten Farben, braun, grün, blau, oliv, cover-coat, schwarz, marengo, sowie in dunklen Kammgarnstoffen, passend für den vornehmsten Geschmack.
Nur Neuheiten der Saison 1915/16.
Jetzt nur 15⁰⁰ 18⁵⁰ 21⁵⁰ 24⁵⁰ 27⁵⁰ 32⁵⁰ 35⁰⁰ und höher.
Paletots und Ulster sind für jede Figur vorrätig, ob klein, gross, schlank oder korpulent.

Eine Serie Pyjacks nach deutscher Mode, aus guten Qualitäten, ganz gefüttert, mit höhen Knöpfen und Abzeichen, aus modernen Phantasiestoffen, sowie blau nur 10⁵⁰	Ein Posten Kinder-Capes in marengo und grünlichen Farben, in den Grössen und Längen 60-80 cm 4⁵⁰ an	Eine Serie Burschen-Ulster u. -Paletots elegant, 1- und 2-reihig gearbeitet, mit und ohne aufgesteppten Taschen, in den neuesten Mustern, gezeichnet bis 40.- 19⁵⁰
Eine Serie Knaben-Ulster nach deutscher Mode, in modernen braunen und grünlichen Farben, 1- und 2-reihig nur 15⁰⁰	Ein Post. Burschen- u. Mädch.-Capes in Marengo u. grünlichen Farben in den Grössen und Längen von 85-110 cm 7⁵⁰ an	Gehrock-Anzüge mit und ohne Seiden-Revers, geschmackvolle und elegante Ausführung 80.- 70.- 60.- 55.- 50.- 45.- 40.- 30⁰⁰
Eine Serie Jünglings-Ulster u. -Paletots gearbeitet nach deutscher Mode, mit und ohne aufgesteppten Taschen und aparten Knöpfen, in eleganter Ausführung ... nur 15⁰⁰	Ein Posten Herren- u. Damen-Capes in marengo und grünlichen Farben, in den Grössen und Längen 115-135 cm 9⁵⁰ an	Herren-Loden-Joppen mit und ohne Falten, warm gefüttert 17.50 14.50 12.50 8.50 7⁵⁰
Grosse Auswahl in Burschen-Anzügen in den denkbar modernsten Mustern, sowie Marengo, 1- und 2-reihig, elegant auf Glocke und Schlitz gearbeitet, mit guten Zutaten 18 ⁰⁰ 19 ⁵⁰ 22 ⁵⁰ 25 ⁰⁰ 27 ⁵⁰ 29 ⁵⁰ und höher. 16⁵⁰	Grosse Auswahl in Jünglings-Anzügen in den neuesten Farben sowie Marengo, 1- u. 2-reihig gearbeitet, gute Qualitäten, mit guten Zutaten 12 ⁵⁰ 13 ⁵⁰ 15 ⁰⁰ 16 ⁵⁰ 18 ⁰⁰ 21 ⁵⁰ 24 ⁵⁰ und höher. 10⁵⁰	Rock mit Weste Die Mode in marengo und schwarz, schick auf 1 u. II Knopf gearbeitet, eleg. Passform, 25.- 22.50 19.50 16⁵⁰

Damen-Jackenkleider sowie Damen-Regenmäntel, farbig und schwarz
in grosser Auswahl zu den denkbar billigsten Preisen.

Nur M. Jansen :: Neue Kräme 23 Nur

Man achte genau auf Strasse und Hausnummer.

:: Sonntag den 19. Dezember bleibt mein Geschäft von 12 bis 8 Uhr geöffnet. ::